

Freie Rundschau Leoben

www.fpoe-leoben.at

Zukunft verwalten statt gestalten?

Der „Macher“ im Bürgermeisteramt wurde durch einen „Parteisoldaten“ abgelöst.

Absicherung der Macht in der eigenen Partei steht beim neuen Bürgermeister im Vordergrund.

Während der zurückgetretene
Altbürgermeister Konrad sein
Image als polternder und

FPÖ gegen verpflichtende Asylquote

Warum die FPÖ gegen eine
solche Regelung für
Leoben ist

Bericht Seite 2

Aus dem Gemeinderat

Wissenswertes über die
Arbeit im Gemeinderat

Bericht Seiten 2 u. 3

SPÖ will Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber

Klares Nein der Freiheit-
lichen zu diesem arbeits-
marktpolitischen Wahnsinn

Bericht Seite 3



Schiefe Optik durch Machtkampf statt Weihnachtsfrieden im Rathaus: Machtkampf statt Weihnachtsfriede im Rathaus?

unkonventioneller Politiker pflegte, dabei aber immer trachtete, in der Stadt etwas weiterzubringen, scheint sein Nachfolger Wallner sich primär darauf zu konzentrieren, seine Position innerhalb der SPÖ zu festigen. Dieser Kampf ist offensichtlich aber mehr ein Krampf.

Der Paukenschlag, mit der aus den Medien hinlänglich bekannten Affäre Pilsner, ist verhallt und der Schuss scheint eher nach hinten losgegangen zu sein. Trotz Pressekonferenzen und Sondergemeinderatssitzungen sitzt der kurzfristig

beurlaubte SPÖ-Mandatar wieder im Gemeinderat, als ob nichts gewesen wäre. Der mächtige rote „Betriebsratskaiser“ Gritz droht sogar via Medien die Gründung einer eigenen Liste für die kommenden Gemeinderatswahlen an. Bei so vielen parteiinternen Turbulenzen kommt die Arbeit für die Stadt und ihre Bürger natürlich zu kurz.

Keine gestalterischen Akzente erkennbar.

Die Projekte, für die Konrad noch die Basis vorbereitete, werden immer weniger oder brechen langsam weg und neue sind nicht auszumachen:

- Der Kampf um den Neubau der Oberlandhalle in Leoben scheint verloren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird diese in Traboch errichtet werden.
- Der Ausbau des LCS erfolgt nur mehr in der Schmalspurvariante bis zur Grafgasse. Die Einbindung der Rathauspassage samt Erweiterung der Tiefgarage ist vom Tisch.
- Das Kongresshotel wird nicht neu errichtet, sondern nur renoviert.
- Die Pläne für eine Modernisierung des Kongresses und eine Wiederbelebung der Rathauspassage sind mehr als vage und wo das Geld dafür

Fortsetzung auf Seite 2

Besuchen Sie uns auch im Internet

www.fpoe-leoben.at



www.facebook.com/FPLeoben

*Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr
2015 wünschen Ihre FPÖ-Gemeinderäte
Gerd Krusche und Daniel Geiger*



Fortsetzung von Seite 1

herkommen soll, steht in den Sternen.

- Die Biogasanlage stinkt weiter vor sich hin. Wallner scheint sich mit der Beauftragung diverser Gutachten über die Zeit bis zu den Wahlen drüber retten zu wollen. Der Mut für ein Machtwort zur Schließung fehlt ihm.

Ein Spiegelbild dieser kraftvollen Politik sind die Tagesordnungen der bisherigen GR-Sitzungen in der Ära Wallner, die sich fast ausschließlich mit Routineangelegenheiten befassen. Auch der bereits vorliegende Budgetentwurf für 2015 lässt keine neuen Impulse und Akzente für die Zukunft erkennen.

Gerade in Anbetracht der wiederaufgeflamten Diskussion über eine mögliche Fusionierung von Bruck und Kapfenberg wäre es aber dringend erforderlich, die Rolle von Leoben als Zentrum der Obersteiermark durch eine starke Politik zu festigen, klare Positionen zu beziehen und Akzente zu setzen. Leider scheint Wallner aber zu schwach, um diese Herausforderungen meistern zu können!



Ein seiltanzender Bergmann um 26.000 Euro als Lösung für Waasen?

Schon lange fordert die FPÖ Maßnahmen um die Waasenvorstadt aufzuwerten. Leere Geschäfte und zu wenig attraktive Einkaufsmöglichkeiten prägen diesen grundsätzlich schönen Leobner Stadtteil. Als Lösung wurde von der SPÖ ein „Kunstprojekt“ vorgestellt. Eine 3,5 m hohe Statue, die einen seiltanzenden Bergmann darstellt, wird quer über die Straße montiert und soll so Leben in diese Region bringen. Der Künstler wurde selbstverständlich von der SPÖ direkt ausgesucht, es gab weder Ausschreibung, noch Bürgerbeteiligung, nicht einmal eine ordentliche Skizze konnte im Ausschuss, sowie in der Gemeinderatssitzung vorgelegt werden. Einzig der haushaltswirksame Aufwand von 26.000 Euro wurde zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, KPÖ und Bürgerliste Reiter

Aus dem Gemein

angenommen! Lediglich die FPÖ stimmte dagegen.

Waasen muss reanimiert werden, dazu bedarf es einer überlegten, gut geplanten und mit den ansässigen Wirtschaftstreibenden abgestimmten Vorgehensweise. Pseudokünstlerische Schnellschüsse kosten nur Geld und bringen niemandem etwas – oder glauben Sie, liebe Leser, dass wegen dieses Objektes wirklich mehr Menschen nach Waasen spazieren werden?

Förderungen scheinen Gewohnheitsrecht zu werden

Die FPÖ wurde dafür kritisiert, als einzige Partei gegen eine Förderung für die Firma „Bugkraxn“ gestimmt zu haben. Wir haben dafür unsere Gründe: Der „Verein für Arbeitsintegration Bugkraxn“ besteht nun seit 30 Jahren und es ist sicherlich lobenswert Sozialprojekte zu fördern. Wir denken aber, dass dieser Betrieb nach einer so langen Zeit einmal auf eigenen Beinen ste-

hen muss. In den letzten Jahren wurde eine regelmäßige Förderung zwischen 12- und 15000 Euro seitens der Stadtgemeinde Leoben ausbezahlt. Wir sehen hierin auch eine Wettbewerbsverzerrung anderen branchengleichen Unternehmen gegenüber.

Es ist schön, wenn man sich sozialökonomischer Betrieb nennt. Wer A sagt muss auch B sagen und sollte dann ohne Mittel der öffentlichen Hand überleben können.

FP Gemeinderat Geiger sorgt sich um Schulwegsicherung Göss

Voller Sorge trat eine Mutter von 2 schulpflichtigen Kindern an Geiger heran und berichtete über die unzumutbaren Zustände am Schulweg ihrer Kinder zur VS Göß. Nachdem die Straßen oft doppelseitig zugeparkt seien, stünden die Kinder oft mitten in der Straße um den Verkehr einzusehen. Auch gebe es hier kein Warnschild oder sonstige Sicherheitsvorkehrungen. Bei einem Lokal-

FPÖ gegen Asylquote für Gemeinden

Verpflichtende Quote würde bis zu 100 zusätzliche Asylwerber für Leoben bedeuten.

Die Stadt Leoben beherbergt nur 25 Asylwerber und hätte daher als zweitgrößte Stadt der Steiermark deutlichen Aufholbedarf, war jüngst in der Kronenzeitung zu lesen. Diese Aussage versteht die FPÖ Le-

oben als gefährliche Drohung. Es darf nämlich nicht außer Acht gelassen werden, dass Leoben bereits eine große Zahl an Ausländern beherbergt. Dies zeigt sich am besten in den Schulen. So beträgt der Anteil

von Schülern nichtdeutscher Muttersprache an allen Pflichtschulen im Schuljahr 2013/14 bereits 34%. Tendenz steigend – im Schuljahr 2009/10 lag dieser noch bei 28%. Einzelne Stadtteile sind aber besonders stark betroffen. In der Volksschule Donawitz sind bereits 68% Schüler nichtdeutscher Muttersprache.

Ein überdurchschnittlicher Prozentsatz von Ausländern, besonders wenn diese aus anderen Kulturkreisen kommen, belastet das Miteinander und erschwert die Integration. Leoben hat eine lange Tradition in der Aufnahme von Ausländern durch die Montanuniversität. Zahlreiche ehemalige Studenten aus aller Herren Länder haben schon zu Zeiten, als die

gegenwärtige Ausländerdiskussion noch kein Thema war, in Leoben eine neue Heimat gefunden und sich bestens integriert. Diese Akzeptanz und gute Tradition darf nicht durch einen weiteren willkürlichen Zuzug von Asylwerbern gefährdet werden. Eine Quotenregelung nach dem Gießkannenprinzip nimmt aber keine Rücksicht auf die lokalen Besonderheiten und wird daher von den Freiheitlichen vehement abgelehnt! Leider scheint die Ansiedlung von zusätzlichen Asylwerbern bereits begonnen zu haben. Besorgte Bürger haben berichtet, dass in der Kärntnerstraße 316, gegenüber dem Fachmarktzentrum, Asylanten untergebracht werden sollen.



Hier sollen Asylwerber untergebracht werden

augenschein traf Geiger den die Schulwegsicherung am bestehenden Zebrastreifen durch-



GR Geiger beim Aufstellen von Warntafeln

führt und von lebensgefährlichen Situationen, vor allem zu den Stoßzeiten, berichtete. Zwar gibt es eine 30er Zone, diese wird aber von vielen Autofahrern nicht eingehalten. Zusätzliches Verkehrsaufkommen wird durch die Lage des „Adeg Schuss“ produziert. Hauptproblem ist aber die direkte Zufahrt zur Schule, die komplett verparkt ist. Weiters ist der Kreuzungsbereich eine unregelmäßige Engstelle, die noch dazu unübersichtlich ist.

Die FPÖ initiierte nicht nur die Aufstellung von Warnhinweisen – die leider wieder umgehend entfernt wurden – sondern brachte auch einen dringlichen Antrag ein. Ziel ist es, eine dauerhafte Lösung für einen sicheren Schulweg zu finden. Es ist zu hoffen, dass dieser Antrag nicht so lange im Ausschuss liegen bleibt, bis ein Unfall passiert.

Regelung für private Fahrten des Bürgermeisters mit dem Dienstfahrzeug gefordert

Nachdem bekannt wurde, dass Bürgermeister Wallner häufig von einer privaten Wohnadresse in Trofaiach von seinem

Chauffeur mit dem Dienstfahrzeug abgeholt, bzw. hingebracht wurde, stellte die FPÖ einen Antrag im Gemeinderat, klare Regelungen für die Verwendung des Dienstfahrzeuges zu erlassen. Man mag zwar der Ansicht sein, dass diese wenigen Kilometer keine hohen Kosten verursachen, aber die Optik ist jedenfalls fatal. Das Argument, es gäbe keine Bestimmungen, die die Inanspruchnahme von Dienstfahrzeugen auch im privaten Bereich durch Bürgermeister regle, greift zu kurz. Jeder Steuerzahler darf erwarten, dass mit seinem Geld sorgsam und sparsam umgegangen wird und keine Privilegien für Politiker in einem „Graubereich“ existieren.

Dabei geht es nicht darum, ob der Betroffene dies in seiner Steuererklärung berücksichtigt, sondern um Transparenz. Jeder Politiker muss sein Einkommen veröffentlichen, daher sollen die Bürger auch erfahren, ob es neben dem stattdessen Gehalt auch noch weitere „Zuckerln“ gibt.

Schließlich geht es ja nicht nur um das Kilometergeld, sondern auch um die Arbeitszeit des Chauffeurs.

SPÖ fordert Arbeitserlaubnis für Asylwerber

Klares NEIN der FPÖ zu diesen Plänen

Die SPÖ Steiermark beweist mit ihrer Forderung den Arbeitsmarkt für Asylwerber zu öffnen einmal mehr, dass sie schon lange nicht mehr die Partei der Arbeiter ist und nur mehr Randgruppen- und Klientelpolitik für linke Gutmenschenvereine betreibt. Dieser Vorschlag hätte verheerende Auswirkungen für die heimischen Arbeitnehmer. Mehrere tausend Asylwerber würden in der Steiermark dann auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Folge wäre eine noch höhere Arbeitslosigkeit in der Steiermark. Die linken Gutmenschen von roter und grüner Seite verleugnen beharrlich die Faktenlage: In den letzten zehn Jahren erhielten – laut Statistik des Bundesasylamts – nur 20% al-

ler Asylwerber tatsächlich Asyl, weil sie eben wirklich Gründe hatten, verfolgt wurden, aus einem Krieg kamen oder sonstige Gründe zuträfen. 72 Prozent aller Asylwerber sind Männer, vorwiegend zwischen 18 und 30 Jahren, also nicht die medial vielstrapazierten Familien.

Als Argument für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis wird auch gerne die lange Verfahrensdauer herangezogen. Tatsache ist, dass eine negative Erstinstanzentscheidung genau 48 Tage dauert. Bei den Erstinstanzurteilen werden 85 Prozent innerhalb von sechs Monaten gefällt. Ein großer Teil der negativ beschiedenen Asylwerber legt allerdings Beschwerde ein, meist mit Unterstützung diver-

ser angeblich karitativer Vereine und unter Zuhilfenahme von Rechtsanwaltskanzleien, die damit gute Geschäfte machen. Durch dieses Ausnutzen des Instanzenzuges werden die Verfahren logischerweise verlängert. Im Jahr 2013 wurden 2.475 Asylbeschwerden eingebracht, das sind 60% aller Neuzugänge an Verfahren beim Verfassungsgerichtshof. Davon werden im Schnitt 95% abgewiesen.

Die Öffnung des Arbeitsmarktes würde damit eine Scheinintegration tausender Asylwerber, die gar keinen Anspruch auf Asyl haben, bewirken. Man kann sich vorstellen, wie die selbsternannte Allianz der Gutmenschen dann wieder aufschreien würde, wenn eine Per-

son, die bereits einen Arbeitsplatz hat, abgeschoben werden soll.

Wir haben bei den Minderqualifizierten und Nicht-Österreichern die größte Grundarbeitslosigkeit, die ist doppelt bis dreimal so hoch wie im Regelfall. Und genau in diesem Bereich ist Monat für Monat eine doppelt so hohe Zunahme an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Das heißt, die steirische SPÖ will genau in der schwächsten Gruppe noch einmal den Druck erhöhen. Die negativen Folgen und Kosten für unser Sozialsystem wären folglich enorm. Angesichts von bereits 38.000 Arbeitslosen in unserem Bundesland lehnt die FPÖ diese unverantwortliche Forderung daher strikt zurück!

Information bei sogenannten „Bürgerstandln“

Die Gemeinderatsfraktion informiert die Leobener Bürger regelmäßig über aktuelle Themen und bemüht sich, im direkten Gespräch die Anliegen und Anregungen der Bevölkerung zu diskutieren. Zu diesem Zweck werden am Hauptplatz und in den Stadtteilen sogenannte „Bürgerstandln“ organisiert.



Starke Abordnung beim Hufeisenwerfen von Jugend am Werk



Es ist schon eine liebgewordene Tradition geworden, dass zahlreiche Vertreter der FPÖ Leoben und des Ringes Freiheitlicher Jugend die gemeinnützige Arbeit von Jugend am Werk im Rahmen des alljährlichen Hufeisenwerfens unterstützen.

Islamismus auch in Leoben angekommen



Nicht nur im LKH Leoben sondern auch in mehreren Stadtteilen wurden Islambroschüren verteilt. Diese Aktion hat offensichtlich islamistischen Hintergrund und zielt darauf ab, Menschen zum Islam zu bekehren und in weiterer Folge zu radikalisieren.

Bieranstich beim Donawitzer Kirtag



Bundes- und Gemeinderat Gerd Krusche besuchte auch heuer wieder den Donawitzer Kirtag.

FPÖ-Bezirksbüro: ÖFFNUNGSZEITEN

Montag	8.00 – 12.00 Uhr
Dienstag, Donnerstag	9.00 – 11.00 Uhr
Freitag	17.00 – 19.00 Uhr
Mittwoch	nach Vereinbarung

Franz-Josef-Straße 25, Tel. 0664/312 07 09
leoben@fpoe-stmk.at